



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 18.11.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Nachtrag vom 17.11.

Dan-news.info: Die Teilnehmer des Verhandlungsprozesses in Minsk haben keinen Konsens in den Fragen der Durchführung von Wahlen zur örtlichen Selbstverwaltung auf dem Territorium der DVR und der LVR gefunden. Dies erklärte heute gegenüber Journalisten der Leiter der Delegation der DVR, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Die Erörterungen gehen weiter. Bis jetzt gibt es kein Einvernehmen, keinen Konsens“, gibt die Agentur Ria Nowosti die Worte Puschilins wieder. Der Vertreter der DVR unterstrich, dass trotzdem die Arbeit der Untergruppe der Kontaktgruppe zu politischen Fragen, die die Wahlen erörtert, die Arbeit fortsetzen wird.

Puschilin unterstrich, dass die ukrainische Regierung versucht über die Oberste Rada einen Gesetzesentwurf über Wahlen im Donbass durchzusetzen, der nicht mit den Volksrepubliken im Rahmen der thematischen Untergruppe abgestimmt ist und direkt dem Minsker Maßnahmekomplex widerspricht.

Nach den Worten des Leiters der Delegation der DVR, muss alles, was in der Frage der Wahlen zur Abstimmung in die Oberste Rada eingebracht wird „im Rahmen der Untergruppe zu politischen Fragen fest ausgearbeitet und abgestimmt sein“, „andere Varianten kann es nicht geben“.

An die Notwendigkeit einer Abstimmung der von Kiew anzunehmenden Entscheidungen mit den Volksrepubliken erinnerte auch der Vertreter der LVR Wladislaw Dejnego, der das Thema der Verfassungsreformen in der Ukraine ansprach.

„Kiew muss begreifen, dass alle Änderungen in der Verfassung mit der LVR und der DVR abgestimmt sein müssen“, wird Dejnego von der Agentur TASS zitiert. „Die DVR und die LVR werden keine Verfassungsvarianten annehmen, die nicht mit ihnen abgestimmt sind“.

Nach den Worten des Vertreters der LVR wird die Frage der Verfassungsänderungen in der nächsten Verhandlungsrunde in Minsk aufgeworfen werden.

„Die Kontaktgruppe wird auf der nächsten Sitzung mögliche Änderungen der Verfassung der Ukraine erörtern. Ein besonderer Status muss in Artikel 133 der Verfassung niedergelegt sein und es gibt noch einen Teil von Anmerkungen der Venezianischen Kommission, die nicht bei der Ausarbeitung des Textes der Verfassungsänderungen zur zweiten Lesung berücksichtigt wurden“, sagte Dejnego.

Das nächste Treffen der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung nach wie vor auf den 24.

November festgelegt, erklärte der besondere Vertreter des Oberhauptes der OSZE Martin Sajdik nach den heutigen Verhandlungen. Die heutige Arbeit zusammenfassend, rief Sajdik im Namen der Kontaktgruppe dazu auf, unverzüglich den Verletzungen des Waffenstillstands im Donbass ein Ende zu machen.

„Es muss eine Wiederaufnahme des bewaffneten Konflikts und in der Folge davon ein mögliches Scheitern der Realisierung der Vereinbarungen vermieden werden“, unterstrich der Vertreter der OSZE. „Es sind sofortige Aktivitäten zur Normalisierung der Situation in der Konfliktzone und eine

Einhaltung aller Minsker Vereinbarungen notwendig“.

Wir erinnern daran, dass in der letzten Zeit an der Kontaktlinie im Donbass ein erhebliches Anwachsen der Spannungen zu beobachten ist. Entgegen dem seit dem 1. September geltenden Regime der Feueinstellung beschießen die ukrainischen Truppen täglich insbesondere die Umgebung und die Vorstädte von Donezk und Gorlowka.

Nach den Worten Sajdiks wurden die Verletzungen heute auf der Sitzung der Untergruppe zu Fragen der Sicherheit erörtert, deren Teilnehmer auch verabredeten, bis Ende November alle Daten zur Frage der Entminung auszutauschen.

Wie der Vertreter der OSZE Journalisten berichtete, wurde in den anderen Untergruppen ein gewisser Fortschritt erreicht. So kam die Untergruppe zu humanitären Fragen das erste Mal zu einem Konsens über die Notwendigkeit eines vorrangigen Austauschs von Gefangenen, die krank oder verletzt sind. Außerdem wurde auf der Sitzung der ökonomischen Untergruppe die Entscheidung Kiews bekanntgegeben, im Donbass mit der Arbeit von zwei mobilen Bankfilialen auf der Basis gepanzerter Fahrzeuge zu beginnen.

Lug-info.com: Die Teilnehmer der Untergruppe zur Sicherheit sind der Auffassung, dass die Situation entlang der Kontaktlinie instabil ist, aber „das Regime der Ruhe“ im Ganzen beachtet wird. Dies berichtete im Ergebnis der heute in Minsk stattgefundenen Treffen der Kontaktgruppe und ihrer Unterarbeitsgruppen der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

Instabile Ruhe

„Die Gruppe zu Sicherheitsfragen hat die Fragen der Entminung, der Kontrolle über die Realisierung des Zusatzes zum Maßnahmekomplex zum Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm erörtert. Sie haben die Situation bezüglich der Verletzungen der Feueinstellung erörtert“, berichtete er.

„Die allgemeine Bewertung ist, dass die Situation recht instabil ist, aber das Regime der Feueinstellung derzeit im Allgemeinen eingehalten wird. Erörtert wurde die Frage Schirokino“, sagte der bevollmächtigte Vertreter der LVR.

Er fügte hinzu, dass im Verlauf der Arbeit der humanitären Untergruppe „Fragen der weiteren Austausch“ von Gefangenen erörtert wurden.....

Fragen der Wasserversorgung

Auch wurden im Verlauf der Treffen in der weißrussischen Hauptstadt von den Teilnehmern der Kontaktgruppe Fragen des Wiederaufbaus der Infrastruktur des Donbass diskutiert, insbesondere Fragen der Wasserversorgung.

Dejnego teilte mit, dass ein europäischer Experte, der auf Anweisung der Kontaktgruppe die Situation der Wasserversorgung untersucht hat, wie erwartet einen Bericht zu den Ergebnissen der Reise auf dem nächsten Treffen in Minsk am 24. November vorstellen wird.

„Die Gruppe zu ökonomischen Fragen hat vor allem die Ergebnisse des Besuchs der Experten zur Untersuchung von Wasserversorgungsobjekten erörtert. Der Bericht des Experten wird für die nächste Sitzung am 24. November erwartet“, sagte er.

„Die Gruppe zu humanitären Fragen hat auch Fragen der Wasserversorgung im Teil zur Entminung erörtert“, sagte Dejnego.

„Die Ukraine hat Informationen über den Beginn des Betriebs von mobilem Banking vorgestellt, dass weitere Überlegungen erfordert – eine Aussage des Koordinators gibt es zu dieser Frage nicht“, fügte der bevollmächtigte Vertreter der LVR hinzu.

18.11.

Dan-news.info: Die Erörterung von Fragen der Durchführung von Wahlen im Donbass gemäß den Minsker Vereinbarungen ist nur in der Untergruppe zu politischen Fragen unter direkter Teilnahme von Vertretern der DVR und der LVR möglich und kann nur in diesem Rahmen erfolgen. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Verhandlungen in Minsk, der Sprecher des Parlaments Denis Puschilin.

„Nach dem letzten Treffen in Minsk ist offensichtlich geworden, dass ein Konsens in einer Reihe

von Fragen, die die Wahlen im Donbass betreffen, noch nicht gefunden ist und die Suche wird weitergehen. Der gesamte Prozess muss im Rahmen der politischen Untergruppe erfolgen“, sagte er.

Der Sprecher des Parlaments unterstrich ein weiteres Mal, dass andere Varianten einer Lösung der Frage der Wahlen durch die Ukraine ohne Abstimmung in der Unterarbeitsgruppe und der Kontaktgruppe nicht als Erfüllung der Minsker Vereinbarungen angesehen werden können und entsprechend von der DVR und der LVR nicht anerkannt werden können.

Puschilin erinnerte ein weiteres Mal dran, dass die Regierung in Kiew versucht, über die Oberste Rada einen Gesetzesentwurf über Wahlen im Donbass durchzubringen, der im Rahmen der thematischen Untergruppe zu politischen Fragen mit den Republiken nicht einmal erörtert wurde.

Dan-news.info: Die ukrainische Delegation ist heute nicht auf der Sitzung der Unterarbeitsgruppe bei den Minsker Verhandlungen erschienen. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe der Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„Im Verlauf der gestrigen Sitzung hat der Vertreter der Ukraine in der Gruppe Wladimir Gorbulin bestätigt, dass die Vertreter der Ukraine an der heutigen Sitzung teilnehmen werden, aber auf der Sitzung sind sie nicht erschienen und eine Mitteilung über einen Absage haben sie auch nicht geschickt“, sagte er.

Nach seinen Worten sollte eine ernsthafte Etappe von Verhandlungen zur Vorbereitung eines speziellen Gesetzes über die Durchführung von örtlichen Wahlen im Donbass stattfinden.

„Aller Wahrscheinlichkeit nach unterstützt die Ukraine nicht das Bestreben sowohl der Republiken als auch der Koordinators Morel so schnell wie möglich effektiv den Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Verhandlungen zu erfüllen, unsere Verhandlungspartner haben offensichtlich ihre eigene Sicht auf die Prozesse, die weder mit der Position der OSZE noch mit der Position der Republik übereinstimmt“, sagte Puschilin.

Er berichtete, dass auf der Tagesordnung der Sitzung der Gruppe für heute die Erörterung der Unmöglichkeit einer Teilnahme ukrainischer politischer Parteien an den örtlichen Wahlen im Donbass stand, der Mechanismus für die Beteiligung von Flüchtlingen an den Wahlen und ein Entwurf für ein Amnestiegesetz.

Dan-news.info: Der besondere Vertreter des Vorsitzenden der OSZE in der Kontaktgruppe Martin Sajdik wird am Freitag, dem 20. November, den Donbass besuchen, um die Lage entlang der Kontaktlinie zu untersuchen. Dies teilte heute eine informierte Quelle mit.

„Die Reise von Martin Sajdik in den Donbass wird für Freitag erwartet. Nach vorläufigen Informationen ist das Ziel seiner Reise ein Monitoring der Lage und eine Feststellung von Verletzungen an der Kontaktlinie“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Lug-info.com: Auf dem letzten Treffen der Minsker Kontaktgruppe wurde neben Anderem die Frage von Änderungen an der Verfassung der Ukraine aufgeworfen. Nach Information, die der Koordinator der Arbeitsgruppe vorstellte, wurde dieses Thema einige Male in die Tagesordnung aufgenommen, aber eine ausführliche Erörterung fand nicht statt.

Aber die Situation fordert eine besondere Aufmerksamkeit für diese Frage. Unerbittlich nähert sich das Wahldatum, das die Republiken auf Frühjahr 2016 verschoben haben. Und dazu ist die Schaffung einer politischen Basis zur Regelung der Situation notwendig – die Einfügung von Änderungen, die mit den Vertretern von Donezk und Lugansk im Rahmen der Tätigkeit der Kontaktgruppe abgestimmt sind, in die Verfassung der Ukraine. Änderungen, die die Dezentralisierung der Macht absichern und den besonderen Status der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste befestigen sowie seinen dauerhaften Charakter absichern, wie dies im Maßnahmenkomplex vom 12. Februar 2015 vorgesehen ist.

Und zur Erfüllung dieser Aufgabe ist es notwendig, zum Text des Gesetzesentwurfs über die Einfügung von Änderungen in die Verfassung zurückzukehren, der bereits in erster Lesung verabschiedet wurde und diesen in eine Redaktion zu bringen, die mit den Vertretern von Donezk und Lugansk abgestimmt ist, unter Berücksichtigung der Vorschläge der Republiken, die bereits im Mai 2015 an die Kontaktgruppe und die Oberste Rada der Ukraine übermittelt wurden.

Während der Ausarbeitung und Erörterung des Entwurfs für Verfassungsänderungen wurde nicht

nur die Auffassung der Republiken nicht berücksichtigt, sondern auch eine Reihe von Anmerkungen von Experten. Insbesondere die Ergebnisse der Venezianischen Kommission wurden teilweise ignoriert. Und obwohl ein gewisser Teil der nicht berücksichtigten Anmerkungen tatsächlich rein technischen Charakters sind, gibt es unter ihnen auch durchaus wesentliche, die das Wesen des Textes verändern. Vor allem ist dies die Anmerkung über eine fehlerhafte Verwendung von im Text vorgeschlagenen Änderungen des Prinzips der Subsidiarität sowie ein direkter Hinweis auf die Notwendigkeit den dauerhaften Charakter der besonderen Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste im Hauptteil der Verfassung festzuschreiben, insbesondere im Artikel 133 (Punkt 27 der Anmerkungen der Venezianischen Kommission).

Unter Berücksichtigung dessen erfordert das Dokument wesentliche Überarbeitung. Dies alles ist nicht möglich in der zweiten Lesung zu überarbeiten. Entsprechend ist es nötig, in möglichst kurzen Fristen einen in der Kontaktgruppe abgestimmten Entwurf von Änderungen der Verfassung der Ukraine vorzubereiten und diese ein weiteres Mal in erster Lesung zu behandeln. Und diese Schritte müssen, ausgehend von den sich nähernden Wahlterminen, bis Ende der laufenden Sitzungsperiode der Obersten Rada der Ukraine (Dezember 2015) erfolgen. Nur ein solches Herangehen an die Lösung der gestellten Aufgabe wird es erlauben, die Erörterung der Verfassungsänderungen in zweiter Lesung in der nächsten Sitzung, im Februar 2016, durchzuführen, was seinerseits die Grundlage für eine Erörterung eines Entwurf eines Gesetzes über Wahlen und einer Reihe anderer gesetzgeberischer Grundlagen für die Durchführung von Wahlen im Donbass im Frühjahr 2016 ist.

Unter Berücksichtigung der besonderen Wichtigkeit der Frage der Durchführung von Wahlen in voller Übereinstimmung mit dem Maßnahmenkomplex vom 12. Februar 2015 für die friedliche Regelung der Situation im Südosten der Ukraine, worauf die „normannische Vier“ die Aufmerksamkeit während des Treffens auf höchster Ebene am 2. Oktober 2015 gerichtet hat, nehmen die Frage der Einführung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine sowie die Ausarbeitung und Abstimmung dieser Änderungen in der Kontaktgruppe heute maximale Priorität ein. Anders wird es einfach unmöglich sein, die Erfüllung der Pläne zur Durchführung von örtlichen Wahlen im Donbass im Frühjahr 2016 abzusichern.

Alle Versuche, die zweite Lesung der Änderungen der Verfassung der Ukraine ohne Abstimmung des Textes dieser Veränderungen mit den Vertretern der Republiken in der Kontaktgruppe vorzunehmen, würden zu einem direkten Widerspruch zu den Forderungen von Punkt 11 des Maßnahmenkomplexes führen und alle Anstrengungen der Minsker Kontaktgruppe und der normannischen Vier konterkarieren, die auf die Entwicklung einer friedlichen Lösung der im Donbass entstandenen Situation gerichtet sind.